

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Weiter Streit um Obersten Richter

Die Staats-Krise, die die umstrittene Suspendierung des obersten Richters Iftikhar Muhammad Choudhary durch Präsident Musharraf im März ausgelöst hat, hält an. Anwälte in ganz Pakistan protestieren weiter täglich durch Streiks und Hungerstreiks. Mittlerweile hat das Oberste Gericht das Verfahren an sich gezogen. Iftikhar Choudhary wurde bei Besuchen in verschiedenen Landesteilen von großen Menschenmengen gefeiert. Die Demonstranten forderten offen den Rücktritt Musharrafs.

Neue Signale aus Washington

Besuche des US-Vizeaußenministers John Negroponte und des im State Department für Südasien zuständigen Staatssekretärs Richard Boucher haben im Juni für allerlei Spekulationen gesorgt, die USA würden ihre Pakistan-Politik überdenken. Tatsächlich ließ sich Boucher demonstrativ den Stand der Wahlvorbereitungen für die Parlamentswahl, die im Herbst ansteht, zeigen und traf sich mit Vertretern der Opposition. In Islamabad hielten sich hartnäckig Gerüchte, die USA wollten in den Gesprächen zwischen Musharraf und der im Exil in Dubai lebenden Ex-Premierministerin Benazir Bhutto von der *Pakistan People's Party* (PPP) vermitteln. Im Angesicht der zurückgehenden Popularität Musharrafs und auch wegen dessen mangelnder Durchschlagskraft im Kampf gegen die Taliban sollten die USA stärker auf freie Wahlen und die demokratische Opposition setzen, forderten denn auch amerikanische Kommentatoren etwa in der „*New York Times*“. Andererseits weist beispielsweise ein Aufsatz in der aktuellen Ausgabe der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Affairs* auf die Bedeutung Musharrafs und des pakistanischen Militärs für die US-Außenpolitik hin und warnt vor einem abrupten Kurswechsel. Die Verhandlungen zwischen Musharraf und Bhutto (vgl. auch SÜDASIEN 2/2007) scheinen indessen Medienberichten zufolge weiterzugehen, da Bhutto offensichtlich sehr daran interessiert ist, dass die Gerichtsverfahren gegen sie eingestellt werden. Andererseits ist der Widerstand gegen eine mögliche Beteiligung der PPP an der Regierung in der derzeitigen Regierungspartei PML-Q massiv.

Talibanisierung im Nordwesten

Das pakistanische Innenministerium hat Anfang Juni Medienberichten zufolge in einem Bericht an die Militärführung auf eine zunehmende Talibanisierung in

den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan, aber auch in der Nordwest-Grenzprovinz (NWFP), zum Beispiel in der Hauptstadt Peshawar, hingewiesen. Die „Appeasement“-Politik, mit den Militanten Friedensabkommen zu schließen, sei misslungen, so der Tenor des Papiers. Innenminister Sherpao war (siehe ‚Südasien‘ 2/2007) im April nahe der afghanischen Grenze nur knapp einem Anschlagversuch entkommen und ist offenbar unzufrieden mit Musharrafs Politik in der Grenzregion. Auch regionale Politiker in der NWFP, darunter auch die in Peshawar regierende Islamisten-Allianz MMA, wenden sich zunehmend offen gegen den wachsenden Einfluss der Taliban. Im Juni sind wieder mehrfach Ziele in Waziristan von Afghanistan aus offenbar mit amerikanischen Raketen beschossen worden, wobei einmal mindestens 34, bei einem zweiten Angriff mindestens 8 Menschen starben. Offizielle Bestätigungen für die amerikanische Urheberchaft dieser Attacken auf mutmaßliche Ausbildungslager der Taliban gab es allerdings nicht.

Deutsche wegen Terror-Verdacht in Haft

Zwei deutsche Staatsbürger (darunter einer pakistanischer Herkunft) und ein Staatenloser mit deutschen Papieren sind in den letzten Wochen in Pakistan als mutmaßliche Terroristen verhaftet worden. Offenbar wird ihnen vorgeworfen, dass sie sich zu Selbstmord-Attentätern ausbilden lassen wollten. Die deutsche Botschaft in Islamabad konnte bisher zwei der Verdächtigen in Haft besuchen. Die Inhaftierungen führten im Juni in dazu, dass der deutsche Innenminister Schäuble vor einer „erhöhten Gefährdung“ Deutschlands durch Terror-Anschläge warnte, was allerdings von manchen Experten als überzogen bezeichnet wurde.

Zensur-Verordnung eine Totgeburt

Nach scharfen Protesten im In- und Ausland musste Präsident Musharraf im Juni eine Verschärfung der Mediengesetze einstweilen zurücknehmen, die den Aufsichtsbehörden weitreichende Kontrollmöglichkeiten insbesondere der elektronischen Medien gegeben hätte. Zum Beispiel wäre es viel leichter geworden, unliebsame Fernseh-Sender einfach abzuschalten. Jetzt sollen die privaten Rundfunk-Betreiber erst einmal die Chance bekommen, ein System der freiwilligen Selbstkontrolle vorzuschlagen. Musharraf und andere Armeeführer hatten sich mehrfach erbost über die kritische Berichterstattung

geäußert, der auch eine nationale Institution wie das pakistanische Militär ausgesetzt sei. Die Live-Berichterstattung vieler Fernseh-Kanäle über Proteste gegen die Absetzung des Obersten Richters sei unausgewogen und häufig beleidigend. In einer weiteren historischen Entwicklung auf dem Medien-Sektor in Pakistan hat der neue TV-Kanal DawnNews als erster englischsprachiger Nachrichten-Sender Ende Mai mit Test-Ausstrahlungen begonnen. Er gehört zur Zeitung Dawn, der wegen ihrer kritischen Berichterstattung wohl angesehensten Tageszeitung Pakistans, die sich immer wieder über Benachteiligungen durch die Regierung beklagt.

Kritik an Geschäften der Armee

Die renommierte Sicherheits-Expertin Ayesha Siddiqua hat mit einem neuen Buch für Furore gesorgt: In „Military, Inc.“ analysiert sie mit konkreten Zahlen und Beispielen die Verwicklung des pakistanischen Militärs in Volkswirtschaft und Gesellschaft. Die eigentlich „nicht-militärischen“ Aktivitäten des pakistanischen Militärs reichen von eigenen Schulen bis in die Düng- und Lebensmittelindustrie. Ayesha Siddiqua warf der Regierung vor, die Präsentation ihres Buches in Islamabad behindert zu haben – als sie allerdings stattgefunden hatte, war die erste Auflage in 24 Stunden vergriffen.

Schwere Unwetter

Der Wirbelsturm *Yemyin* hat in Karachi und an der Küste in Belutschistan Ende Juni schwere Verwüstungen angerichtet. In Karachi starben mehr als 200 Menschen. In weiten Teilen der größten Stadt Pakistans brach tagelang die Wasser- und Stromversorgung zusammen. Überschwemmungen zerstörten vielerorts die Felder. Tausende Menschen waren auf Bäumen und Dächern vom Hochwasser eingeschlossen.

Proteste gegen Adelstitel für Salman Rushdie

Die Verleihung des Titels „Sir“ an den britischen Schriftsteller Salman Rushdie durch die britische Königin hat nicht zuletzt in Pakistan zu heftigen Protesten gegen die britische Regierung geführt. Nationale und Provinz-Parlamente forderten Großbritannien in einstimmigen Resolutionen auf, die Ehrung für den Autor der umstrittenen „Satanischen Verse“ zurückzunehmen. In Zeiten angespannter Beziehungen zwischen dem Westen und der muslimischen Welt sei die Auszeichnung eine Provokation, so der Tenor vieler Politiker. Auch Demonstranten in allen großen Städten sahen in der Würdigung Rushdies eine Beleidigung für die Muslime weltweit. Religionsminister Ijaz ul-Haq, Sohn des früheren Mi-

litär-Diktators Zia ul-Haq, sagte im Parlament, die Ehrung könne von Terroristen als Rechtfertigung für ihre Attentate missbraucht werden. Gegen diese Äußerung protestierte wiederum der britische Botschafter. Andere pakistanische Politiker fanden noch drastischere Worte; die literarischen Verdienste Salman Rushdies oder auch die Frage, ob die Auszeichnung eines ausländischen Autors durch dessen Regierung ein Thema für die Politik in Pakistan sein könne, wurden kaum diskutiert.

Elektrizitäts-Krise

In weiten Teilen Pakistans hat die Sommerhitze vor dem Einsetzen des Monsuns massive Engpässe in der Elektrizitätsversorgung offensichtlich gemacht. In der Metropole Karachi waren die Stromausfälle besonders häufig. Wütende Bewohner, die 40 Grad ohne Klimaanlage und Ventilatoren ertragen mussten, blockierten die Straßen mit brennenden Autoreifen. Die ökonomischen Schäden für die Industrie durch die Stromausfälle gingen täglich in Millionen(Euro)-Höhe. In Karachi fehlen offiziellen Angaben zufolge mehrere Hundert Megawatt an Kapazität in diesen Spitzenzeiten, aber auch Schwächen im Netz lassen den Strom immer wieder ausfallen.

Cricket-Trainer wurde doch nicht ermordet

Bob Woolmer, der Trainer der pakistanischen Cricket-Nationalmannschaft, ist nach dem Aus bei der Weltmeisterschaft im Frühjahr eines natürlichen Todes gestorben. Das besagt der offizielle Untersuchungs-Bericht der Polizei in Kingston (Jamaika), wo Woolmer in seinem Hotelzimmer tot aufgefunden war (SÜDASIEN 2/2007). In Pakistan sorgte die Nachricht einerseits für Erleichterung, andererseits für Empörung darüber, dass die eigene Mannschaft so lange in Jamaika für Verhöre festgehalten worden und ins Zwielicht geraten war. Auch prominente pakistanische Ex-Cricket-Spieler hatten öffentlich Vermutungen angestellt, Woolmer sei ermordet worden, weil er zu viel über vermeintlichen Wettbetrug durch manipulierte Spiele gewusst habe.

EU lockert Beschränkungen für PIA

Die EU-Kommission sieht Sicherheits-Fortschritte bei der staatlichen pakistanischen Airline PIA und hat ihr erlaubt, auch mit bestimmten Maschinen wieder europäische Flughäfen anzufliegen. Zuvor hatte die Kommission ein Landeverbot für alle PIA-Maschinen mit Ausnahme der Boeing 777-Flugzeuge verhängt – letztere werden extern gewartet. Die Wartungen durch PIA selber waren von der Kommission als unzureichend beanstandet worden.